

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

12.2.1930 (No. 37)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Verleger
Nr. 958
und 954
Postfach
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatssanzipier
Chefredakteur
C. Krenn,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einl. Postgeb. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengeb. 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Quadrat Zentimeter. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kontorabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Verbindung mit dem Ministerium des Innern behandelt. Bei Klagerhebung, Zwangsweiliger Beitreibung und Konturverfälschung fällt der Fall die Zeitung verpönt, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanleiheblätter für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Der Youngplan vor dem Reichstag

Redekampf Hugenberg-Curtius — Die Bedingungen des Zentrums

Die große Aussprache über den Youngplan und die damit zusammenhängenden Gesetze wurden am Dienstag, wie schon gemeldet, im Reichstag durch eine Rede des Reichsaussenministers Dr. Curtius eingeleitet. Nachdem ein Antrag der Deutschen Nationalen, die Debatte auf Mittwoch zu vertagen, gegen die Rechte und die Kommunisten abgelehnt wurde, sprachen die Redner der Parteien.

Der sozialdemokratische Abg. Dr. Breitscheid stimmte als Vertreter der stärksten Regierungspartei mit ähnlichen Argumenten wie der Außenminister dem Youngplan zu. Die Vollständigkeit und Endgültigkeit dieses Planes sei zwar zweifelhaft, aber er bringe immerhin eine Besserung.

Die Deutschnationale Volkspartei, die dann an der Reihe war, wurde nicht durch den Abg. Dr. Quast vertreten, der vorher als Redner genannt worden war, sondern zur Überraschung des ganzen Hauses, betrat der Parteiführer Dr. Hugenberg selbst die Rednertribüne, von der Linken mit lautem Hallo empfangen. Als er im Anfang seiner Rede an die Ruhrbesetzung erinnerte, kam es zu Versäuzen. Ein sozialdemokratischer Zwischenruf weckte lärmende Gegenrufe rechts. Der Stach dauerte längere Zeit an mit dem Ergebnis, daß zwei Nationalsozialisten aus dem Saal gewiesen wurden und Ordnungsrufe gegen Abgeordnete der Rechten und der Linken verhängt wurden. Abg. Hugenberg bekämpfte den Youngplan als ein Verstoß gegen die Rechte, er meinte, Regierung und Reichstag sollten diesen Plan lieber mit einem ehrlichen Nein als mit einem unehrlichen Ja beantworten.

Reichsaussenminister Dr. Curtius nahm sogleich das Wort zur Antwort auf die Angriffe Hugengbergs, dem er zum Vorwurf machte, daß er die ihm früher gestellten 10 Fragen noch immer nicht beantwortet und der deutschen Außenpolitik keinen Weg gewiesen habe, der besser gangbar sei, als der des Youngplans.

Die Rede des Zentrumsabgeordneten Dr. Brüning erregte große Aufmerksamkeit durch die Schärfe der Kritik, die dieser Vertreter einer Regierungspartei an dem Ergebnis der Haager Verhandlungen übte. Diese Kritik richtete sich nicht nur gegen einzelne Vertragsbestimmungen, sondern in der Hauptsache gegen die ganze Art der Politik Frankreichs und Englands, die wenig mit dem Sozialgeist zu tun habe und die deshalb alle Hoffnungen enttäuscht habe, die bei der Annahme des Dawesplanes noch bestanden. Dr. Brüning erklärte, das Zentrum werde im Ausschuß die Vorlagen sehr eingehend prüfen, und es könne ihnen in dritter Lesung nur dann zustimmen, wenn vorher volle Klarheit über die Finanzlage des Reiches und über die finanziellen Konsequenzen des Youngplans geschaffen sei, und daraus die gefolgeberechtigten Konsequenzen gezogen seien.

Gegen Dr. Hugenberg wandte sich der Zentrumsredner mit der gleichen Schärfe, wie vor ihm Dr. Breitscheid und nach ihm der Redner der Deutschen Volkspartei, Abg. von Meinhöfen. Der volksparteiliche Redner erklärte ebenso wie der sozialdemokratische Vertreter, daß man in Übereinstimmung mit dem Zentrumsprogramm bei der Beratung der Youngplan-Gesetze auch das Finanzprogramm erörtern und entsprechende Vereinbarungen treffen wolle, ohne jedoch damit die Verabschiedung des Youngplanes zu gefährden.

Ebenso bestimmt wie der Zentrumsredner, stellte Abg. Dr. Bayersdorfer von der Bayerischen Volkspartei die Bedingung, daß zunächst bindende Vereinbarungen von unserer künftigen Finanzgebarung getroffen werden und dann über den Youngplan entschieden wird.

Der Kommunist Kühmann und der Nationalsozialist Graf zu Reventlow lehnten den Youngplan unter scharfen Angriffen gegen die Regierung ab. Graf zu Reventlow übte dabei Kritik an der Haltung des Reichspräsidenten von Hindenburg. Abg. Wretz erklärte für die Wirtschaftspartei, daß sie grundsätzlich die Verständigungspolitik billige. Für die Annahme des Youngplanes könne sie aber die Verantwortung nicht übernehmen, weil ihre Mahnungen zur Sparsamkeit nicht beachtet worden seien, und die dadurch hervorgerufene schlechte Finanzlage die Erfüllung des Vertrages unmöglich mache.

Nach achtsündiger Sitzungsdauer wurde die Weiterberatung auf Mittwoch, 12 Uhr mittags, vertagt.

Von den Nationalsozialisten ist ein offenbar ironisch gemeinter Antrag eingegangen, der den öffentlichen Anschlag der Rede des Reichsaussenministers auf Staatskosten verlangt.

Export norwegischer Elektrizität

Oslo, 12. Febr. (Tel.). Wie „Tidens Tegn“ erzählt, wird an einem großen Projekt gearbeitet, aus Wasserkraft gemessene Elektrizitätsmengen nach Deutschland zu exportieren. Nach dem genannten Blatt ist geplant, drei große Wasserfälle in Telemarken und Söderland zur Kraftgewinnung auszubauen. Der Strom soll durch Schweden über ein Kabel durch die Ostsee nach Sahnitz und von dort nach Lübeck geleitet werden, wo die deutsche Empfangsanlage liegen soll. Auch die Möglichkeit wird erwogen, den Strom über Dänemark zu leiten, und zwar entweder über Seeland, Fünen und Jütland nach Albed oder von Seeland nach Fölsler und mit Kabel durch die Ostsee. Die gesamten Anlagkosten werden ungefähr 500 Millionen Kronen ausmachen.

General Primo de Rivera ist ohne jede Begleitung in Paris eingetroffen, wo er in einem Hotel Wohnung genommen hat.

Letzte Nachrichten

Der neue amerikanische Botschafter beim Reichspräsidenten

Ansprachen Sacketts und Hindenburgs

W.B. Berlin, 12. Febr. (Tel.). Der Reichspräsident empfing heute den neuernannten Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, Frederic M. Sackett, zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens. Im Vorhof des Reichspräsidentenpalastes erwies eine Ehrenwache dem Botschafter die militärischen Ehrenbezeugungen. An dem Empfang nahmen außer den Herren der Umgebung des Reichspräsidenten der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Curtius, sowie Staatssekretär Dr. v. Schubert teil.

Der Botschafter führte in einer Ansprache u. a. aus: Die mir zuteil gewordenen Beweigungen zielen darauf ab, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zu vertiefen. Ich werde in jeder Weise, amtlich und persönlich, bestreben sein, das auf richtige wechselseitige Verstehen nach zu stärken. Die Ähnlichkeit der Ziele und Ideale der zwei Republiken Deutschland und der Vereinigten Staaten, die bereits ein fruchtbares Feld der Zusammenarbeit auf dem Gebiete der internationalen Verständigung gefunden hat, ist für meine Regierung und das amerikanische Volk eine Quelle großer Genugtuung und wird die treibende Kraft bei meiner Mission sein.

Ich komme zu Eurer Exzellenz mit großer Hochachtung für Ihre berechnungswürdige Person, welche die tiefe Vaterlandsliebe verkörpert, die die Grundlage des deutschen Charakters ist. Ich bringe eine tiefe Bewunderung für die großen Leistungen mit, die das deutsche Volk bei den schwierigen Aufgaben, denen es sich gegenüberüber, vollbracht hat. Zugleich begehe ich die aufrichtige Überzeugung, daß deutsche Kraft und deutscher Fleiß die Probleme der Gegenwart und der Zukunft lösen werden, und daß die Deutschlands guten Glauben und künftigen Erfolg befruchten.

Reichspräsident v. Hindenburg erwiderte u. a.: Er begrüße die Anführung des Botschafters, daß er es als seine vornehmste Aufgabe betrachte, die alten und guten Beziehungen in jeder Weise zu fördern und daran zu arbeiten, daß beide Länder einander immer besser verstehen lernen. Sie stellen sich damit die nämliche Aufgabe, an der Ihr Herr Amtsvorgänger mit so hervorragendem Erfolg gearbeitet und sich dabei in diesem Lande so zahlreiche treuergebene Freunde erworben hat. Das edle Ziel einer wahrhaften Befriedigung der Welt kann nirgends eine aufrichtigere Würdigung finden als bei uns. Ihre warme Anerkennung dessen, was deutsche Kraft und deutscher Fleiß unter den schwierigsten Umständen geleistet haben, wird in Deutschland überall sympathisch aufgenommen werden. Gerade solcher Anerkennung gegenüber muß indessen immer wieder daran erinnert werden, eine wie weitgehende Unterstützung das deutsche Volk in den schwersten Zeiten des Wiederaufbaues von den Vereinigten Staaten empfangen hat.

Die Londoner Flottenkonferenz

Niherfolg in der U-Bootsfrage

W.B. London, 12. Febr. (Tel.). Der Verlauf der gestrigen Vollziehung der Flottenkonferenz hat keine Überraschung gebracht. Da Frankreich und Japan an ihrem Standpunkt unbedingt festhalten, von der gegenwärtigen Konferenz eine Abschaffung der Unterseeboote, die sie von England und Amerika befristet wird, nicht zu erwarten. Es ist nur mit einem Kompromiß in Gestalt eines Abkommens gegen einen un-menschlichen U-Bootskrieg und vielleicht mit einer gewissen Einschränkung der Zahl und der Größe der Unterseeboote zu rechnen.

Das Bedauern über dieses für England sehr unbefriedigende Ergebnis kommt in der Presse allgemein zum Ausdruck. „Times“ hofft, daß auf einer künftigen Konferenz der einzige wirksame Schritt möglich werde, der dieser festsitzenden und zum Mißbrauch herausfordernden Kriegsschiffklasse gegenüber angebracht sei. — „Daily Herald“ nimmt den französischen Argumenten insofern zu, als sich die Einwände gegen die Unterseeboote genau so gut gegen andere Waffenarten anführen lassen. Das einzige wirksame Mittel sei eine energische Verminderung aller Kampfmittel.

Dem „Daily Telegraph“ zufolge wird angenommen, daß die französischen Forderungen eine Gesamttonnage von 724 000 Tonnen nicht überschreiten. Bei einer britischen Gesamttonnage von 1 200 000 Tonnen würde sich in diesem Falle die Stärke der französischen zur britischen Flotte wie 6 : 10 verhalten.

Protestkundgebung in Paris gegen die SPD.

W.B. Paris, 12. Febr. (Tel.). Die „Liberte“ hatte für Dienstag abend eine große Protestkundgebung gegen das Vorgehen der SPD. in Frankreich organisiert. Als Redner waren u. a. gemeldet der rechtsstehende Abgeordnete Dumas, der in der Kammer bereits eine Interpellation über den Fall Katiopow eingebracht hat und ein ehemaliger französischer Hauptmann, der 27 Monate in russischen Gefängnissen verbracht haben soll. Im Anschluß an diese Kundgebung, hat ein Trupp von Studenten versucht, von der Seine aus nach der Sowjetbotschaft vorzudringen, wo sie von einem starken Aufgebot an Polizei und republikanischer Garde zerstreut wurden. 12 Verhaftungen wurden vorgenommen.

* Reichstag, Haager Abkommen und Finanzsanierung

Die gestrige Reichstagsdebatte über Youngplan und Haager Abkommen hat, wenn man von der Tatsache absehen will, daß Herr Hugenberg zum ersten Male seit dem Jahre 1922 im Parlament das Wort ergriff, weiter keine sensationellen Augenblicke gebracht. Der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Curtius, hat in der ihm eigenen ruhigen und sachlichen Art die Notwendigkeit des Youngplans und des Haager Abkommens begründet. Seine Ausführungen gipfelten in der Feststellung, daß das Sanktionsystem von Versailles beseitigt und Deutschland künftig in allen praktisch überhaupt denkbaren Fällen gegen Willkür und Gewalt geschützt ist, daß der Youngplan gegenüber dem Dawesplan einen ganz beträchtlichen Fortschritt in finanzieller Beziehung bedeutet, und daß die vorzeitige Räumung der dritten Zone nennmehr gesichert ist.

Der Sprecher der Deutschnationalen, Herr Hugenberg, hat an dem Youngplan und dem Haager Abkommen Kritik geübt. Leider hat er dabei ganz und gar unterlassen zu sagen, wie man denn nun seiner Meinung nach hätte vorgehen sollen.

Soweit sich eine Kritik am Youngplan auf die Annuitäten und ihre Höhe bezieht, wird sie eigentlich von allen Parteien unseres Volkes gebilligt. Wir alle sind uns klar darüber, daß die Reparationsannuitäten auch nach dem Youngplan noch viel zu hoch sind. Aber wir wissen ja, daß dieser Plan revidiert werden kann, und wir glauben, daß er recht bald revidiert werden wird. Man muß sich stets vor Augen halten, welche Forderungen seinerzeit die Gläubigermächte erhoben haben, wie sie von 132 Milliarden träumten, und wie jetzt der Gegenwartswert unserer Reparationszahlungen auf etwa 34 Milliarden beziffert wird. Das ist eine Verminderung, die in die Augen springt. Und auch dann, wenn man jene 132 Milliarden als die Ausgeburt einer kranken Phantasie bezeichnet, darf man doch nicht vergessen, daß sich die Gläubigermächte faktisch mit einer solchen pathologischen Phantastik ernsthaft abgegeben haben. Nun sind natürlich auch diese 34 Milliarden Reparationsschuld viel zu viel. Und jeder verständige Finanzpolitiker der Welt, der nur einen Einblick in unsere wirtschaftlichen Verhältnisse hat, wird selbst bei einer hohen Einschätzung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unseres Volkes es für ausgeschlossen halten, daß Deutschland ohne gefährliche Schädigung seiner Substanz diese Summen auf die Dauer bezahlen kann.

Also in diesem Punkte besteht vollkommene Übereinstimmung. Und es ist nun die Sache einer vernünftigen Wirtschaftspolitik und einer geschickten Außenpolitik, nach und nach auch die Gläubigermächte von der Notwendigkeit einer weiteren Verringerung der Reparationszahlungen zu überzeugen. Inzwischen hat ja das Beispiel Österreichs gezeigt, daß man auch Schulden gänzlich streichen kann. Daß dieser Tag einer völligen Schuldenannulierung in Bälde auch einmal für Deutschland heraufzudämmern möge, das ist unser innigster Wunsch. Zunächst liegen wir natürlich mit unseren Verpflichtungen fest. Wir werden alles tun, um den Youngplan loyal zu erfüllen. Aber der beste Wille muß gelegentlich an einer Unmöglichkeit zerbrechen.

Was das Polenabkommen betrifft, so findet es eigentlich bei keiner Partei warme Befürworter. Auch das Zentrum ist zunächst dagegen und verlangt über Einzelheiten nähere Aufschlüsse. Es will davon seine endgültige Stellung abhängig machen.

Inzwischen haben auch gestern neue Besprechungen des Reichsfinanzministers mit den Parteiführern und Finanzsachverständigen der Regierungsparteien stattgefunden. Grundsätzlich ist ja bereits der Wunsch des Zentrums, Youngplan, Etatfinanzierung und Finanzausgleich zusammen zu erledigen, anerkannt. Und mit Recht wendet sich deshalb auch das Hauptinteresse diesen finanzpolitischen Besprechungen zu. Der Reichsfinanzminister ist der festen Ansicht, daß in diesem Jahre nicht nur die Finanzen des Reiches, sondern auch die der Länder und Gemeinden saniert werden müssen. Eine solche Sanierung ist die Voraussetzung für die Entlastung der Wirtschaft. Der Etat 1930 soll nennmehr mit möglicher Beschleunigung im Reichskabinett verabschiedet werden.

Mit der Beilage: 18. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Badische Wasserwirtschaft

Wasserstraßen und Kraftnutzung

Am Dienstagabend hielt bei einem in den Räumen des Staatsministeriums in Karlsruhe stattgefundenen parlamentarischen Abend der Präsident der Wasser- und Straßenbaudirektion, Ministerialdirektor Dr. Fuchs, einen hochinteressanten Lichtbildervortrag, aus dem wir folgen- des wiedergeben:

Die Wirtschaft eines Landes ist hauptsächlich durch die naturgegebenen Wasserquellen bedingt. Baden ist von der Natur nicht reich begünstigt. Der Wasserhaushalt des Landes und die in ihm enthaltenen wirtschaftlichen Werte sind ein wichtiger Faktor in seiner Vermögensbilanz. Freilich dienen die Naturgewalten dem Menschen nicht gern und freiwillig, wenn wir die regelmäßige Instandhaltung und sachgemäßen Ausbau der Ströme und Bäche auch nur ein oder zwei Menschenalter hindurch unterließen, so würden wir, wie unsere Vorfahren, alle Schäden und Verheerungen der Wassergewalten durchkosten müssen.

Die weitaus bedeutendsten und für die badische Wirtschaft folgenreichsten Probleme liegen seit dem Kriegsende in der Ausbarmachung unseres Wasserstraßennetzes für die Schifffahrt und Kraftnutzung.

Der Rheinstrom hat von allen schiffbaren Flüssen der Welt den größten Verkehr; an seiner Mündung liegen die großen Seehäfen Rotterdam und Antwerpen; nicht weit davon der Welthandelsplatz London. Er durchfließt dicht besiedelte Länderstriche mit starkem Austauschbedürfnis; vor allem belebt ihn die einzigartige, auf der Kohle gelegene rheinisch-westfälische Industrie. Diese Gunst der Verhältnisse hat, in den 70er Jahren einsetzend, den Hafen und Handelsplatz Mannheim zur Blüte gebracht. Es entwickelte sich dort der Güterumschlag von 1.602.000 Tonnen i. J. 1885 bis 7.397.000 Tonnen i. J. 1913. Gleichzeitig wurde Mannheim bedeutende Industriestadt. Die Tarifpolitik der Bad. Staatseisenbahnen stand unter dem leitenden Gesichtspunkt, den Mannheimer Rheinuferumschlag zu fördern; daß dies unter den veränderten politischen Verhältnissen nicht mehr in gleicher Weise wie früher geschieht, trägt einen Teil der Schuld an der bedauerlichen Tatsache, daß der Mannheimer Hafenverkehr i. J. 1929 auf 5.496.000 Tonnen zurückgesunken ist.

Die Rheinregulierung Sondernheim-Strasbourg

Die Vereinigung Elsaß-Lothringens mit Deutschland im Jahre 1871 gab den starken Antrieb für die Bestrebungen, die Großschifffahrt bis Strasbourg, den Ausgangspunkt des Elsaß-Lothringischen Kanalnetzes, zu führen. Das Projekt eines künstlichen Seitenkanals auf dem linken Rheinufer von Strasbourg bis Speyer oder Ludwigshafen, das gleichermaßen nicht durchging, hatte zur Folge gehabt, daß Karlsruhe und Neßl keine Rheinhafenstädte geworden wären. Der Kanal hätte nur einer Seite zugute kommen können. Der Baudirektor und spätere Finanzminister Sönnle, einer der hervorragenden Wasserbauingenieure, hat das Verdienst nachgewiesen zu haben, daß der Rheinstrom selbst zu einer weit leistungsfähigeren Wasserstraße als ein künstlicher Schleusenkanal, ausgebaut werden könne. Mit einem Kostenaufwand von 14 — heute etwa 25 Millionen — Mark, wurde durch Einbau eines Systems von Wehren in das von Tulla einst geschaffene Rheinbett eine festliegende Niederrheinstrecke erhalten, welche bei gewöhnlichem Niedrigwasser der Schifffahrt eine Fahrwasseriefe von mindestens 2 Meter bei 88 bis 92 Meter Breite gewährt. Damit kann die Großschifffahrt für das ganze Jahr hindurch, abgesehen von Nebel, Hochwasser und Eisgang, bis Neßl-Strasbourg hinauf betrieben werden. Außerdem sind die Schleppleitungen der Dampfboote infolge der Regulierung um 25 Proz., die Ausnutzung des Rahmraums um 44 Proz. günstiger geworden. Was könnte der Erfolg dieser, vom In- und Ausland gleich wie die Tullaliche Rheinregulierung bewunderten Stromregulierung besser veranschaulichen, als die heutigen Zahlen des Rheinverkehrs der oberrheinischen Häfen: Karlsruhe mit 2.332 Mill. Tonnen, Neßl mit 1.550 Mill. Tonnen, Strasbourg mit 4.784 Mill. Tonnen, wozu noch Basel tritt, das i. J. 1927 mit seinen günstigen Wasserständen 0,513 Mill. Tonnen erreicht hat? Bedauerlicherweise hat Mannheim einen Teil seines Bestandes abtreten müssen, ein Verlust, der ohne den unglücklichen Ausgang des Krieges durch die natürliche Entwicklung des Verkehrs hätte ausgeglichen werden können.

Strasbourg-Basel

Auf die weiteren Wasserstraßenpläne am Oberrhein hat der Krieg und seine Folgen verhängnisvoll eingewirkt. Es war vor dem Krieg ein feststehendes Ziel, die Oberrheinwasserstraße in einem Zug von Neßl-Strasbourg bis zum Bodensee fortzuführen; das Reich hatte im Benehmen mit Baden, Elsaß-Lothringen und der Schweiz bereits beschlossen, ein besonderes Büro einzurichten, dem die Bearbeitung eines einheitlichen Entwurfs für die gesamte Strecke übertragen werden sollte. Die Wirtschaftlichkeit war schon vor dem Krieg durch den angesehenen preussischen Wasserbaudirektor und Wasserwirtschaftsachmann Schumler nachgewiesen. Ein Wettbewerb zur Erlangung von Ideen für die Schiffbarmachung der Sonderstrecke Basel-Bodensee war von den Schiffahrtsverbänden am Oberrhein mit Unterstützung Badens und der Schweiz ausgeschrieben worden. Hoffnungsvolle Entwürfe erschienen in fasten Proß der Kriegswirren, der folgenden Note und des die Oberrheinsschifffahrt adressierten Versailleser Vertrags. Seine Bestimmungen geben Frankreich das Recht, den Rhein unterhalb Basel in einem linksrheinischen Kraftkanal abzuleiten, der bis Strasbourg hinab geführt werden soll.

Unsere Stellung war nicht mehr frei, und wenn wir die deutschen Belange möglichst wahren wollten, so mußten wir uns mit der Schweiz verständigen. Wir brauchten nach dem Krieg dringender als je Wasserkraft, die wir nur gemeinsam mit den Schweizer Nachbarn an dem Grenzstrom zwischen Basel und dem Bodensee gewinnen konnten, nachdem der Versailleser Vertrag uns von der Mitbenützung der Rheinwasserkräfte am badisch-elsässischen Rhein ausgeschlossen hatte. So vollzog sich das Zusammengehen der Schweiz mit Baden-Deutschland auf der Grundlage: Erteilung von Wassertraktionszessionen oberhalb Basels zur Verdrängung deutscher Wirtschaftsbedürfnisse und deutsche Mitwirkung an den schweizerischen Schiffahrtsbestrebungen abwärts von Basel. Diese sind an und für sich auch in unserem Sinne gelegen; denn wer nach dem Bodensee gelangen will, muß zunächst bis Basel kommen können. Freilich trug man sich in Baden mit der Absicht, den Rhein schon von Strasbourg an aufwärts durch Kanalisierung schiffbar zu machen, um die dabei anfallenden Wasserkraft zu nutzen. Dieser Plan war durch Versailles und die französischen Absichten, den Grand Canal d'Alsace zu bauen, verdrängt.

Es blieb praktisch nur übrig, daß die Schweiz und Deutschland so rasch als möglich den Rhein oberhalb Strasbourg regulierten, was nach den Plänen und Berechnungen der Badischen Wasser- und Straßenbaudirektion mit gutem Erfolg möglich ist. Komte dieses Ziel erreicht werden, so war schon sechs Jahre nach Inangriffnahme der Arbeiten ein Groß-

schiffahrtsweg ausgebildet, der während durchschnittlich 10 1/2 Monaten im Jahr eine Mindestfahrteiefe von 2 Meter bei 75 Meter Breite des Fahrwassers bietet. Die Gesamtkosten des Planes werden sich auf 50 Mill. Reichsmark belaufen. Sie können durch die Verbilligung der Frachtkosten schon in wenigen Jahrzehnten getilgt sein, so daß die Ausgaben selbst dann gerechtfertigt sein würden, wenn Frankreich den Seitenkanal einmal bis Strasbourg verwirklichen würde. Das Gelingen der Regulierung, mit dem zu rechnen ist, sollte aber auch Frankreich bewegen, von dem Kanalunternehmen abzutreten, das der Schifffahrt nach der Ansicht erster Sachverständiger aus den Kreisen der praktischen Schifffahrt nachteilig sein und in jedem Fall dem Lande Baden großen Schaden verursachen würde.

Vorläufig sollen beide Pläne nebeneinander ausgeführt werden. Mit den Arbeiten an der obersten Stufe des elsässischen Seitenkanals ist seit 1 1/2 Jahren begonnen; sie dürften bis Ende 1932 oder Beginn 1933 fertig sein. Ob und wann eine weitere der acht Stufen begonnen werden wird, kann heute noch nicht gesagt werden; man wird in Frankreich in jedem Fall die Erfahrungen mit dem Kemler Werk abwarten. Die Staatsverträge über die Ausübung der Regulierung Strasbourg-Neßl sind abgeschlossen und genehmigt; ebenso sind die Abmachungen mit Frankreich getroffen. Danach werden die Baukosten zu 80 Proz. von der Schweiz und zu 20 Proz. von Deutschland übernommen. Das letztere entlastet die Schweiz von den über die Bauzeit hinausgehenden Verantwortlichkeiten und übernimmt das Risiko für die abwärts Strasbourg etwa entfallenden Schäden. Die Regulierung wird durch die Badische Wasser- und Straßenbaudirektion ausgeführt werden.

Der Arbeitsbeginn ist für den nächsten Winter in Aussicht genommen. Es werden innerhalb der nächsten sechs Jahre alljährlich etwa 7 bis 8 Mill. Reichsmark verausgabt werden, welche größtenteils unserer heimischen Wirtschaft zugute kommen, ohne daß das Land Baden belastet ist. Die Unterhaltungskosten werden nach Ablauf einer bestimmten Frist auf deutschem Hoheitsgebiet von Deutschland, und auf französischem Hoheitsgebiet von Frankreich übernommen werden. Außer den Erleichterungen, welche der badische Arbeitsmarkt durch die Bauten am Rhein erfahren wird, kann mit dem Entschließen von Umfahlagseinrichtungen bei Weil und möglicherweise bei Breisach gerechnet werden; die Anfertigung von Industrie an diesen Plätzen ist zu erwarten. Einzelne industrielle Anlagen, z. B. die Kaliverte Buggingen, werden an die neue Wasserstraße des Rheins vorteilhaft angeschlossen werden können.

Basel-Bodensee

Die Rheinregulierung bis Neßl, in Verbindung mit dem Kemler Kanal ist für uns die Vorstufe für die Erreichung des Bodensees. In dem deutsch-schweizerischen Staatsvertrag über die Rheinregulierung befindet sich die Schweiz grundsätzlich zum Plan der Kanalisierung, der schon seit mehreren Jahren gemeinsam von den badischen und schweizerischen technischen Stellen ausgearbeitet ist. Sie ist auch bereit, das Zustandekommen der Kanalisierung zu begünstigen durch förderliche Behandlung der Konfessionsgenosse für die Kraftwerke am Oberrhein, durch Aufnahme von Genehmigungsbedingungen, welche auf die Bedürfnisse der Schifffahrt Rücksicht nehmen, endlich durch Erteilung der Ausfuhrgenehmigung für die in den Kraftwerken gewonnene Energie, soweit davon ihr Zustandekommen abhängen sollte. Sobald die wirtschaftlichen Verhältnisse es gestatten, ist die Schweiz zum Abschluß eines Vertrags über die gemeinsam mit Baden auszuführende Kanalisierung bereit.

Zur Schiffbarmachung des Rheins zwischen Basel und dem Bodensee ist die Flußkanalisierung durch die Natur des Stroms geradezu vorgeschrieben. Gefälleverhältnisse und Wasserführung, in Verbindung mit den meist hohen Ufern, erleichtern die Gewinnung von vorzüglichen Wasserkraften. Die hierfür erforderlichen Stauwehre können ohne besondere Schwierigkeiten so angelegt werden, daß sie zugleich die Stauhaltungen für die einzelnen Kanalabschnitte bilden. Nach Ausbau der Kraftwerke bedarf es zur Schiffbarmachung noch der Schleusen mit Vorflüssen, einzelner Baggerungen, kleiner Flußregulierungen und des Umbaus einiger zu tief angelegter alter Weiden, wodurch ein Aufwand von rund 100 Mill. Reichsmark entfallen wird. Damit würde eine Strecke von 217 Kilometer von Basel bis Pregenz der Großschifffahrt erschlossen werden. Für den Anfang dürfte mit einem Verkehr von etwa 1 1/2 Mill. Tonnen gerechnet werden. Die Ausdehnung der jetzt schon vorhandenen Industrie, wofür günstige Gelände entlang dem Rhein selbst vorhanden ist, wird begünstigt, weil billige Wasserkraft in großem Ausmaß vorhanden sind und wichtige Rohstoffe, wie Salz, Kalium und Holz nicht fehlen. Der noch angelegte Kanalisierungsplan wird aller Voraussicht nach stappweise zur Ausführung kommen, wobei als Endpunkt der ersten Etappe die Aarenmündung bei Waldshut in Aussicht zu nehmen sein wird.

Nicht unmittelbar mit der Wasserstraßenpolitik hängt die Bodenseeregulierung zusammen.

Das Ziel ist die Ablenkung der schädlichen Seewasserstände, die infolge der Schneeschmelze im Sommer auftreten, um 50 bis 70 Zentimeter. Dies soll erreicht werden, indem man den Ausflußquerchnitt aus dem Obersee und besonders aus dem Intersee erweitert und durch ein bei Gemmishofen zu erstellendes Regulierwehr während des Frühjahrs eine größere Wassermenge als bisher abfließen läßt, so daß ein Hochwasserstrom zur Aufnahme der im Sommer eintreffenden Schmelzwasser gewonnen wird, und die Seewasserstände weniger hoch ansteigen. Im Spätsommer soll eine kleine Wasseraufspeicherung vorgenommen werden, um während des Winters die Niedrigwasserstände um 35—50 cm/sec aufzuheben zu können. Dies wäre ein Gewinn für die Kraftwerke am Oberrhein, aber auch ein Vorteil für die Schifffahrt, besonders zwischen Basel und Mannheim, wo im Winter meist geringe Wasseriefen vorhanden sind. Nur die Einbeziehung der Belange der Kraftgewinnung und der Schifffahrt rechtfertigt die Ausgabe von 15 Millionen Franken für die Bodenseeregulierung, deren Ausführung von der Überwindung mancher Schwierigkeiten abhängen wird.

Während die Schifffahrt an die größeren Ströme mit geringem Gefälle gebunden ist, war

Die Wasserkräftnutzung

bis vor etwa 3 Jahrzehnten auf die Gewässer mit verhältnismäßig geringer Wasserführung, aber möglichst hohen Gefällen angewiesen. Die Entwicklung der elektrischen Kraftübertragung und des Wasserkräftmaschinenbaues erit konnte diese Gebundenheit lösen. Als nach dem Krieg unter dem Eindruck des Kohlenmangels der Ruf nach der Ausbarmachung der Wasserkraft allgemein erhoben wurde, verlangte der Landtag eine neue Aufnahme der badischen Wasserkraft für alle Gewässer; sie ist nahezu abgeschlossen und ihre Ergebnisse sind in Einzelberichten nach Flussgebieten veröffentlicht. Danach stehen 4420 Wasserkraftanlagen mit einer Kollektion von 527.200 PS

Eine besondere Rolle in den Besprechungen spielt der Fehlbetrag aus dem Jahre 1928 (in der Höhe von 154 Millionen Reichsmark). Es ist da der Gedanke aufge-taucht, diese 154 Millionen in den Schuldentilgungsfonds einzubeziehen. Die Summe würde dann also praktisch erst im nächsten Jahre abgedeckt werden. Davon befürchtet man aber eine Vorherbelastung des nächstjährigen Etats und eine Behinderung der Durchführung der beabsichtigten Steuerenkung. Bei dieser Steuerenkung will man bekanntlich die 700 Millionen Youngplanersparnisse restlos heranziehen. Man hat sich gestern über die Angelegenheit noch nicht einigen können.

Dagegen ist man sich in der Lösung des Problems der Arbeitslosenversicherung etwas näher gekommen. Nach einer Erklärung des Reichsfinanzministers sollen den beiden helfend einspringenden Versicherungsinstituten Vorkursaktien der Reichsbahn als Garantie verkauft werden. Damit würden die schwersten Bedenken, die von seiten der Gewerkschaften gegen den Plan einer Sanierung der Arbeitslosenversicherung durch die Angestellten- und Invalidenversicherung geltend gemacht wurden, beseitigt werden können. Wie man hört, wäre das Zentrum nicht abgeneigt, dieser Modifikation zuzustimmen. Die Entscheidung liegt bei den Sozialdemokraten. Nach Presseäußerungen zu urteilen, die wir gestern bereits an dieser Stelle abdruckten, will die sozialdemokratische Reichstagsfraktion keineswegs durch ein schroffes Nein die Aussichten einer Einigung verderben. Und so ist vielleicht damit zu rechnen, daß man sich mit Moldenhauers Plan in seiner neuen Form abfindet.

Das neue Brotgesetz

Der Entwurf des Reichsernährungsministers über das neue Brotgesetz ist nunmehr dem Reichsrat zugegangen. Der Entwurf bestimmt, daß unter der Bezeichnung „Koggenbrot“ nur Brot verkauft werden darf, das mindestens zu 95 Proz. aus Roggen hergestellt ist. Unter der Bezeichnung „Weizenbrot“ darf nur Brot verkauft werden, das mindestens zu 95 Prozent aus Weizen hergestellt ist. Brot, das aus einer Mischung hergestellt ist, darf nur unter der ausdrücklichen Bezeichnung „Mischbrot“ verkauft werden.

Regierungskrise in Sachsen

Während man im Sächsischen Landtag zunächst noch dem kommunistischen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Büniger wegen ihrer Zustimmung zum Youngplan im Reichsrat keine allzu große Bedeutung beimah, hat die Angelegenheit durch die scharfe Stellungnahme der Deutschnationalen und insbesondere ihres Führers, Dr. Eberle, bei einer interfraktionellen Besprechung eine Verschärfung erfahren, die kaum noch darauf rechnen läßt, daß die Angelegenheit noch in Güte beigelegt werden kann. Dr. Eberle erklärte am Dienstag, daß die Deutschnationalen dem kommunistischen Mißtrauensantrag zustimmen würden. Nach der Lage der Dinge muß damit der Sturz der Regierung Büniger als sicher angesehen werden, da die Sozialdemokraten den Mißtrauensanträgen sicherlich zustimmen werden, wenn sie auch die Begründung dazu ablehnen.

In einer Predigt gegen den russischen Bolschewismus jagte in Müßkau Kardinal Faulhaber, in den letzten Monaten habe die blutige Glaubensverfolgung in Rußland den Höhepunkt erreicht. Innerhalb 3 Monaten seien außer 200 Synagogen und Moscheen 980 kirchliche Kirchen geschlossen worden. Die abendländische Kultur dürfe nicht untergehen in der bolschewistischen Kultur.

Kritik der englischen Schifffahrt. „Daily Telegraph“ schreibt: Angesichts der außerordentlich niedrigen Frachtraten, die in zahlreichen Fällen tief unter ein rentables Niveau gehen, steht die britische Schifffahrt vor einer Krise, wie sie seit dem Kriege nicht dagewesen ist. Viele Reeder finden es unmöglich, ihre Schiffe bei den jetzigen Raten in Betrieb zu halten und legen sie in immer zahlreicheren Fällen still.

Katastrophe eines Lloydampfers in New York

Im New-Yorker Hafen ist der 13.000 Tonnen große Passagierdampfer „München“ des Norddeutschen Lloyd Dienstag nachmittags nach seiner Ankunft in New York, als er am Pier festgemacht hatte, durch Feuer schwer beschädigt worden. Das Schiff sank, der obere Teil ragt aber aus dem Wasser. Die Passagiere hatten das Schiff bereits verlassen, als der Brand ausbrach. Von der Mannschaft sind einige Mann verletzt, ebenso einige Feuerwehrlente. Ein Mann wird vermisst, ein Koffe ist ertrunken. Bei dem Brande ereigneten sich zahlreiche Explosionen. Nachdem sämtliche Feuerwehrlente von Bord wegbejohlen waren, verließ als letzter Kapitän Brüning das Schiff, indem er sich an einem Seil herunterließ. Die „München“ ist eines der neueren Schiffe des Norddeutschen Lloyd. Sie ist erst vor ungefähr sechs Jahren als Schwesterschiff der „Stuttgart“ in Dienst gestellt worden. Sie gehörte zur sogenannten Städteklasse und führt Passagiere der 1. Klasse, Touristen- und der dritten Klasse. Man hofft, sie wieder reparieren zu können.

W.D. New York, 12. Febr. (Tel.) Die Explosionen, die den Untergang der „München“ herbeigeführt haben, sind bis jetzt allen an der Aufklärung Interessierten ein Rätsel. Es sind bereits mit Proben der im wesentlichen aus Kali, Schmelz und Torf bestehenden Ladung Laboratoriumsversuche angestellt worden, die jedoch keinerlei Aufschluß über die Ursache des Unglücks geben. Es ist hier die Auffassung aufge-taucht, daß im Lagerraum Nr. 6 des Dampfers Salpeter und Kalisalpeter untergebracht gewesen sei. Dies wird von zuständigen Stelle nun als unrichtig bezeichnet, das als ungefährlich angesehen werde. Der Brand hatte eine riesige Menschenmenge herbeigelockt. 13 Schlepper und 28 Dampfschiffe sowie 6 pneumatische Leiten waren an der Brandstelle zur Hilfeleistung eingeleitet. Das Feuerlöschboot „Millet“ ist durch eine Explosion schwer beschädigt worden. Die hiesigen Blätter widmen dem Brand des Lloydampfers „München“ mehrere Seiten. Die zahlreichen, dem Bericht beigegebenen Bilder geben eine Vorstellung von der Intensität des Feuers, und zeigen den bis zu den Deckaufbauten gestunkenen Dampfer. In den Schilderungen werden die Bemühungen des Kapitäns, die Schiffspassagiere zu retten, hervorgehoben. Kapitän Brüning verjuchte, mit der Art in der Hand an die Papiere anzukommen, doch gelang es ihm nur, das Logbuch zu retten. In Schiffschmelzwerk war es möglich, 40.000 Reichsmark Schiffschmelzwerk zu bringen. Der Brand dauerte frühmorgens in unerminderter Stärke an. Man erwartet, daß die Lösung im Laufe des Tages gelingen wird.

bei einer mittleren Leistung von 240 800 PS zur Verfügung; sie ermöglichen eine Jahreserzeugung von rund 1,5 Milliarden Kilowattstunden. Noch verfügbar für den weiteren Ausbau sind 414 Gefälle mit einer Ausbauleistung von 854 000 PS und einer durchschnittlichen Leistung von 296 800 PS. Auf einen Landesbewohner entfallen 760 Kwh an vorhandener und 1600 Kwh an möglicher Jahresarbeit. Baden ist das im Verhältnis zu seinem Gebietsumfang und seiner Einwohnerzahl an Wasserkräften reichste der deutschen Länder. Der Wert der baulichen Anlagen ohne die elektrischen Übertragungsrichtungen ist auf mindestens 200 Millionen Reichsmark zu schätzen, und die Kosten der noch baubwürdigen werden mindestens 250 Millionen Reichsmark betragen. Dazu treten noch die umfangreichen elektrischen Anlagen zur Verteilung der Kraft und die industriellen Werke, denen die Kräfte dienen. Der weitere Ausbau der badischen Wasserkräfte bedeutet also lobnende Beschäftigung und dauernde Erwerbsmöglichkeit. Man darf den Jahreswert der erzeugten 1,5 Milliarden Kilowattstunden zu mindestens 30 Millionen Reichsmark veranschlagen; ein gleich hoher Wert läßt sich aus den noch nutzbaren Wasserkräften in der Zukunft hinzugewinnen.

Der hohe Wert der Wasserkräfte am Oberrhein

beruht in der starken und verhältnismäßig ausgeglichenen Wasserführung. Die Auffpeicherung und ausgleichende Wirkung der Schneefelder, Gletscher und Alpenränder ist nicht nur für die Schifffahrt, sondern auch für die Kraftnutzung und den Hochwassererschutz von segensreicher Wirkung. Wenn man von dem Rheinfalle, dessen Ausführung mit Rücksicht auf die Erhaltung der Naturschönheit des Rheinfalles fraglich ist, abstrahiert, so liegen die Gefälle der bereits erstellten oder geplanten Kraftwerke zwischen 7 und 12 Meter. Die Ausbaumengen gehen bis zu 1200 cbm/sec. Das größte dieser Werke bei **Abburg-Schmörstadt**, überhaupt das größte deutsche Niederdruckwerk, nützt diese Wassermenge in 4 Staplanturbinen aus, die zusammen eine größte Leistung von 140 000 PS haben und 640 Millionen Kilowattstunden erzeugen. Am Oberrhein sind schon 5 Kraftstufen, nämlich Augst-Whyllen, Rheinfelden, Abburg-Schmörstadt, Laufenburg und Galsau ausgebaut; zwei weitere, nämlich Dogern-Abbruch und Neudingen sind genehmigt und stehen vor dem Bauanfang. Bei 5 anderen sind die Genehmigungsverhandlungen im Gange, nämlich Birsfelden, Säckingen, Waldshut-Adelberg, Rheinau und Schaffhausen. In ihnen werden insgesamt rund 8 1/2 Milliarden Kilowattstunden gewonnen werden, wovon reichlich 40 Proz. auf Baden entfallen. Diese Kräfte gehören zu den billigsten unseres Erdteils; die Kilowattstunde kommt bei einzelnen noch nicht einmal auf 1 Pf. zu stehen.

Trotz der verhältnismäßigen Ausgeglichenheit der Wasserführung sind immerhin Schwankungen bis zum Verhältnis 1:4 vorhanden. Die Kleinwassermengen fallen in den Winterhalbjahren, während die höheren Wasserstände in den Sommer treffen. Auch können die Wassermengen, welche nachts oder über die Mittagspause ankommen, einmünden noch nicht in nennenswertem Umfang für die Tageszeiten mit starkem Verbrauch gespeichert werden. Um den Mangel an Wasserkraft zu Wintersonnenzeit zu ersetzen, wird sonst meist eine Dampfmaschine herangezogen. Solche stehen auch im Lande mehrfach zur Verfügung und außerdem hilft das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk aus seinem Goldenbergwerk (Braunkohlekraftwerk) aus.

Sehr günstig trifft es sich, daß die bedeutendsten Flüsse des Landes eine Wasserführung haben, welche jene des Oberrheins in glücklicher Weise ergänzt. Sie haben im Sommer in der Regel Kleinwasser, dagegen in den Wintermonaten kräftigere Wasserführung. Da aber die gesamte Wasserführung der Nebenflüsse des Rheins nur ein Bruchteil von jener des Hauptstroms ist, so würde der Ausgleich in der Kraftlieferung nur sehr unvollkommen sein, wenn nicht ein Teil der Nebenflüsse, nämlich jene des Schwarzwalds ein um das Mehrfache größeres Gefälle als der Rhein zwischen Bodensee und Basel aufwies; so hat beispielsweise

das Schluchseegebiet

das die Gewässer des Alb-Butschgebirgs ausnutzt, zwischen Schluchsee und dem Rhein ein Gefälle von 600 Meter, d. h. viermal soviel als der Rhein; es können daher mit der verhältnismäßig kleinen Wassermenge dieser Gewässer doch so viele Kilowattstunden als in einem der großen Rheinkräftewerke erzeugt werden, nämlich 500 Millionen bei einer Maschinenleistung von 400 000 KW. Der Vorzug dieser Kraft besteht nun darin, daß sie fast nach Belieben zur Verfügung steht, sei es, daß man ihrer zur Deckung der Kraftspitzen oder des Ausfalls an Winterenergie in den Oberheimwerken bedarf. Freilich ist dieser Erfolg nicht ohne hohe Kosten für die Talperren und Stollenleistungen zu erreichen. Das größte dieser, das Schluchseebecken, wird einen Stauraum von 108 Millionen Kubikmeter erhalten; bei einem natürlichen jährlichen Zufluß von 93 Millionen Kubikmeter gestattet er einen Wasser-ausgleich über Jahre, und überdies kann er zur Rumpen-speicherung herangezogen werden, indem man billige Abfallenergie der Oberheimwerke dazu benutzt, Wasser künstlich in das Schluchseebecken hinaufzupumpen, um es zu geeigneter Zeit wieder in den Turbinen nutzbar zu machen.

So ergänzen sich Oberrhein- und Nebenflüsse in einer recht vollkommenen Weise. Diese Auswirkungen bleiben aber nicht nur auf unser Land selbst beschränkt; vielmehr reichen sie durch die elektrischen Kraftleitungen weit darüber hinaus. Wir sind mit dem großen Gebiet der RWE, mit Hessen, der Pfalz, Württemberg und Bayern, Schweiz und Elsaß verbunden — gebend und empfangend.

Die beiden Zweige der Wasserwirtschaft welche der Kraftgewinnung und der Schifffahrt dienen, sind für das Gedeihen unseres Heimatlands eng verbunden. Teilweise, wie zwischen Basel und Bodensee, fallen selbst ihre technischen Anlagen zusammen. Jedenfalls müssen wir beide als bedeutsame Fundamentfächer unseres Wirtschaftsaufbaus behandeln. Die Wasserkräfte liefern unserer Wirtschaft reichliche und preiswerte Energie. Eine andere nicht minder unerlässliche Voraussetzung für eine günstige Wirtschaftsentwicklung sind billige Frachten, welche die Wasserstraßen des Rheins unserem Land verschaffen kann. Sie sind um so wichtiger, als wir bekanntlich 600 bis 800 Kilometer von den Seehafenplätzen entfernt sind und in einem Außenwinkel unseres deutschen Vaterlandes gelegen sind. Wer auf diesen Gebieten mitarbeitet, der hilft unserem hart bedrängten Grenzland, aus seiner Not herauszukommen.

In **Tschob** bei Hamburg kam es zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten bei einer Versammlung zu schweren Schlägereien. Circa 20 Personen wurden verletzt, darunter 5 schwer.

Bei einer **Staubexplosion** auf einem Braunkohlenwerk bei **Altenburg** wurden vier Arbeiter, darunter zwei schwer, durch Stichtammen verletzt.

Auf dem **Karstadt-Neubau** in der Charlottenburger Straße in Berlin-Weißensee stürzte heute, Mittwoch, eine Decke ein. Drei Arbeiter wurden auf der Stelle getötet, während zwei schwer und einer leicht verletzt wurde.

Die Polizei veranstaltete in **Chicago** abermals eine große Verhaftung und nahm etwa 800 Stralche und Revolverhelden fest. Man erwartet, daß in den nächsten Tagen insgesamt etwa 2000 Individuen verhaftet werden.

Badischer Teil

Wohnungsdebatte im Landtag

25. Sitzung
D3. Karlsruhe, 12. Februar 1930.

Eingegangen ist eine Mitteilung des Finanzministers mit einer Zusammenfassung „Baden in der vergleichenden Reichsfinanzstatistik“.

Die Gemeinderäte Oberhausen, Altluhheim und Reulshausen petitionieren wegen Aufstellung der unteren Lufthardt.

Nach Eintritt in die Tagesordnung wird zunächst Kapitel 12 — Bau-, Wohnungs- und Erwerbswesen — aufgerufen und damit zusammenhängend der Vorschlag der Wohnungsfürsorge

behandelt.

Verichterstatter ist **Abg. Heib** (Sozdem.).

Im Haushaltsauschuss hat der Innenminister erklärt, daß nur dann an eine Senkung des Zinsfußes für Baudarlehen gedacht werden könne, wenn eine Anpassung der Mietwonnungen an die Neubaumieten erfolge. Der Finanzminister trage sich mit dem Plan, einen größeren Teil der Gebäudendeckelung für den allgemeinen Finanzbedarf zu verwenden. In Baden seien schätzungsweise noch 19 bis 20 000 Wohnungen notwendig. Das Hauptaugenmerk der Regierung sei auf die Erstellung von Kleinwohnungen zu richten. In den Jahren 1925/28 sind nach Mitteilung der Regierung im Lande rund 45 000 Wohnungen aus öffentlichen Mitteln erstellt worden. Baden steht in bezug auf den Wohnungsbau mit an erster Stelle.

Der Vorschlag der Wohnungsfürsorge bilanziert mit 22,5 Millionen. Für Wohnungsbaudarlehen ist ein Betrag von 17,7 Millionen vorgesehen, für Arbeitsgeberdarlehen des badischen Staates zur Erstellung von Beamtenwohnungen 600 000 RM, für Schulrenten 958 000 RM. Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Regierungsparteien bei Stimmhaltung der übrigen Parteien, dem Antrag des Staatsministeriums, die Hälfte der für 1930 zur Förderung des Wohnungsbaues vorgesehenen Beträge im Voraus zu bewilligen, stattzugeben. Ferner wird vorgeschlagen, die Regierung um eine Prüfung zu ersuchen, ob und in welchem Umfang eine Zinsverbilligung für die Wohnungsbaudarlehen eintreten kann. Die alsbaldige Inangabe der Vortätigkeit ist dringend notwendig. Die Lage des Baumarcktes in Baden wurde im Ausschuss geradezu als katastrophal bezeichnet. Trotz des milden Winters sind 63 Proz. der Bauarbeiter arbeitslos.

Aussprache

unterstreicht **Abg. Dr. Kaufmann** (Zentr.), daß die Förderung der Wohnbautätigkeit in erster Linie Aufgabe der Gemeinden sei. Vor allem brauden wir billige Kleinwohnungen. Die Möglichkeit dazu sieht der Redner in einer Senkung der Bankzinsen. Die Regierung wolle in diesem Sinne, namentlich bei der badischen Girozentrale wirken. Der Redner erinnert daran, daß das Land Baden aus der Gebäudendeckelung bereits 48 Millionen Reichsmark angeammelt hat, die nun draußen bei den Gemeinden als Darlehen sind. Die Zinsentnahmen für den Staat betragen 2 812 000 RM, die Zinsausgaben 2 110 000 Reichsmark. Hierin eröffne sich ein Weg zur Zinsverbilligung. Die Angleichung der Alt- und Neubaumieten sollte nicht mehr lange auf sich warten lassen. Besonders für die hunderreichen Familien muß gefordert werden.

Abg. Marblöff (Soz.) berichtet über den kommunistischen Antrag, ein Verbot der Aufstellung von Baracken und Eisenbahnhäusern für Wohnzwecke zu erlassen. — Der Antrag geht dahin, das Verlangen der Kommunisten durch die Maßnahme der Regierung für erledigt zu erklären. **Abg. Marblöff** ist der Auffassung, daß mit den Steuermitteln in erster Linie der gemeinnützige, genossenschaftliche Wohnungsbau zu fördern sei, erklärt sich aber damit einverstanden, daß auch private Bauherren unterstützt werden. Eine Zinsverbilligung müsse man unter allen Umständen erreichen, eventuell auch eine Senkung der Tilgungsquote. Angeht die soziale Schichtung der Wohnungsuchenden sei ferner darauf zu sehen, daß eine Senkung der Mieten erfolgt. Ein Großteil der Wohnungen sei deshalb leer, weil die Leute die Mietpreise nicht bezahlen können. Das „Ob“ in dem Ausschussantrag betreffend die Zinsverbilligung beantragen die Sozialdemokraten zu streichen.

Abg. Hermann (Wirtsch.- u. Bauernv.) wünscht die Vorwegbewilligung aller auf den Wohnungsbau bezüglichen Titel, damit dem gesamten Handwerk Arbeit gegeben werden könne. Nicht der Mieter bezahle die Gebäudendeckelung, sondern der Hausbesitzer. Die Zahl von 20 000 fehlenden Wohnungen sei zu hoch gegriffen, wenn man nur den wirklich dringenden Bedarf heranziehe.

Auch die Genossenschaften würden eines Tages zu der Einsicht kommen, daß das Vermieten nicht immer ein gewinnbringendes Geschäft sei. Eine Verringerung der Verhältnisse werde nur möglich sein bei weiterer Förderung der Zwangswirtschaft.

Abg. Köhler (Natsoz.): Daß immer mehr Menschen in den Städten zusammenströmen, sollte die Regierung mit allen Mitteln verhindern.

Abg. Gschwind (Dem.): Das genossenschaftliche Bauwesen müsse sich wieder auf seine Hauptaufgabe, den Bau von Klein- und Kleinstwohnungen, zurückziehen. Ob die Mittel aus der

Gebäudesteuer bestehen bleiben, hänge offenbar von der Finanzlage des Staates ab. Es sollte aber auf das psychologische Moment Bedacht genommen und die Steuer ausschließlich für den Wohnungsbau verwendet werden. Nur in den großen Städten könne man noch von einer weitgehenden Wohnungsnot sprechen.

Abg. Frau Richter (Dntf.) ist der Meinung, daß die Wohnungsnot nicht so groß wäre, wenn man die Zwangswirtschaft schon früher aufgehoben und der Gebäudendeckelung eine andere Struktur gegeben hätte. In gleicher Weise wie der Hausbesitzer müsse auch der Mieter geschützt werden. Die Mieten für die Altmwohnungen bis zur Höhe der Neubaumtionen mit ihrem Komfort zu steigern, werden kaum möglich sein.

Innenminister Wittmann

betrachtet die Wohnungsfürsorge als eines der ernstesten Probleme. Wenn die Mittel beschränkt sind, so sei daran die wirtschaftliche Lage schuld. Mit Stolz könne aber Baden auf das Erreichte schauen. Durch das vorbereitete Gesetz betreffend Anleiheermächtigung soll in der bisherigen Weise mit der Wohnungsförderung fortgefahren werden. Der Minister hofft, daß die Wohnungsnot in einem Zeitraum von 10 Jahren beboben und dann der letzte Rest der Zwangswirtschaft verschwinden kann.

Die **Vorwegbewilligung** von Mitteln ist im Interesse der baldigen Inangabe des Baugeschäfts und Befämpfung der Arbeitslosigkeit lebhaft zu begrüßen. Daß für die hunderreichen Familien zunächst gesorgt wird, ist selbstverständlich. Den Ursachen des Leerstehens der Bierzimmerwohnungen soll nachgegangen werden. Die Lösung der Wohnungsfrage und die Senkung der Mieten hängt sehr eng zusammen mit der **Zinsverbilligung**. Gebe man aber dem Minister eine gebundene Marschroute in dieser Beziehung, so sei eine Stellungnahme ohne Anhörung des Finanzministers nicht möglich. Auf die **Sparfassen** wolle die Regierung im Sinne einer Ermäßigung des Zinsfußes einwirken und es sei zu hoffen, daß auch die privaten Banken sich zu einer derartigen Maßnahme herbeilassen. Wollte man die Gebäudendeckelung ausschließlich für den Wohnungsbau verwenden, so müßte der Staat den **Ausfall** für den allgemeinen Finanzbedarf eben auf anderem Weg suchen; dies würde sich sofort wieder in den Steuern auswirken. Der Minister schließt mit einem zuverlässigen Ausblick in die Zukunft. Weiterberatung nachmittags 4 Uhr. **Schluß 1 Uhr.**

Änderung von Bahnhofsnamen

Infolge Vereinigung der Orte Niederschmörstadt, Oberschmörstadt und Niederhosenbach zu einer Gemeinde mit dem Namen Schmörstadt erhält der Bahnhof Niederschmörstadt mit Wirkung vom 1. März 1930 die Bezeichnung „Schmörstadt“.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahlen. In **Daueneberstein** wurde der bisherige Bürgermeister **Jacob Schottmüller** mit großer Stimmenmehrheit wiedergewählt. Die Stimmen verteilten sich wie folgt: **Jacob Schottmüller** 583, **Friedrich Hertweck**, Zimmerpolier, 210, **Wilhelm Reih**, Gemeindevorsteher, 143, **Franz Reih**, Ofenseher 6. Die Zahl der Wahlberechtigten betrug 1008. Es wurden 942 gültige Stimmen abgegeben, was einer Wahlbeteiligung von 94 Proz. entspricht. In **Bickenhof** a. R. hat auch die zweite Bürgermeisterwahl kein Resultat gebracht. Von 276 Stimmberechtigten stimmten 200 ab. 79 Stimmen erhielt Bürgermeister **Karl Sigg** mit großer Majorität auf weitere 9 Jahre zum Bürgermeister gewählt. — Der Spitzenkandidat für die Bürgermeisterei in **Walldürn** (Amt Mosbach), der Finanzoberssekretär im badischen Finanzministerium, **Michael Geier**, hat vor etwa 500 Zuhörern seine Programmrede gehalten. — In **Kleinkems** wurde der bisherige Bürgermeister **Heinrich Wulf** mit 104 Stimmen wiedergewählt. Sein Gegenkandidat, Landwirt und Bahnbeamter **Fritz Bauer**, erhielt 65 Stimmen. Von 188 Wahlberechtigten stimmten 170 ab.

Nachtragsforderungen in Heidelberg. Die Aufwendungen für den Bau der **Eurt-Walz-Brücke** beziffern sich auf insgesamt 1,9 Millionen Reichsmark. Damit ist eine Überschreitung des Vorschlags von rund 127 000 RM entstanden. Im Zusammenhang mit dem Brückenbau und aus Anlaß der damit verbundenen allgemeinen Stadterweiterung wurden eine Reihe von Straßenzügen ausgebaut, und soweit notwendig mit Kanalisierung versehen. Hierfür waren 140 000 RM ausgeworfen, was aber nicht ausreichte. Es ist eine Kreditnachforderung von 167 000 RM notwendig geworden. Die Stadtrat hat die Aufbringung der beiden Nachtragsforderungen im Anleihenwege genehmigt.

Ein Notstandsprogramm der Stadt Forstheim. Zur Schaffung von Arbeitsmöglichkeit hat der Stadtrat Forstheim ein Programm über Ausführung von Notstandsarbeiten aufgestellt. Bis zur Bereitstellung der Mittel aus der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge stellt die Stadt den Betrag von 150 000 RM zur Verfügung.

Kein selbständiges Wohnungsamt mehr in Freiburg. Der Stadtrat Freiburg hat beschlossen, das Wohnungsamt als selbständige Stelle aufzuheben. Es soll dem Stadtfretariat angegliedert werden. Wohnungen von 5 Zimmern und mehr unterliegen nicht mehr der Wohnungszwangswirtschaft.

Aus der Landeshauptstadt

Lebensmittel- und Feinkostausstellung in Karlsruhe i. B. In den Tagen vom 22. bis 26. Juni d. J. rufen die Edela-Zentralorganisationen und der Reichsverband Deutscher Kaufleute des Kolonialwaren-, Feinkost- und Lebensmittelgeschäfts ihre Mitglieder im Rahmen einer Jahreshauptversammlung zu gemeinsamer Besprechung wichtiger Berufs- und Standesfragen nach der badischen Landeshauptstadt **Karlsruhe**. Diese günstige Gelegenheit der Zusammenkunft zahlreicher Berufscollegen benützend, veranstaltet die **Edela-Großhandel**, Karlsruhe, e. G. m. b. H. zu gleicher Zeit (21. bis 30. Juni) in den umfangreichen Räumen der städtischen Ausstellungshalle Karlsruhe eine Ausstellung für Lebensmittel, Feinkost und Artikel des täglichen Bedarfs, für welche zahlreiche Anmeldungen bereits eingegangen sind. Durch diese Ausstellung wird für den Fabrikanten und für den Großhändler erneut eine Möglichkeit geschaffen, mit dem Einzelhandel in die notwendige persönliche Fühlungnahme zu treten. Darüber hinaus aber wird auch der Verbraucher auf die eindrucksvolle Art viel Wissenswertes vermittelt und manch Neues gezeigt.

Zur Warnung. Wie der „Volkstfreund“ meldet, wurde ein hiesiger Bauunternehmer und nunmehriger Wirt wegen Nichtabführung von Kranken- und Arbeitslosenversicherungsbeiträgen auf Grund des § 533 der RVO. durch amtserichtliches Erkenntnis zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

Französische Sängler. In den letzten Wochen wurden von der deutschen Gendarmrie in den Rheinanlagen umweit der **Kinoleumfabrik** in **Maximiliansau** zwei Angehörige der französischen **Brückenwache**, ein Korporal und ein Soldat,

Schwarzwälder Granitwerke

C. KIEDERLE
Bühl i. B.
Gegr. 1888 • Tel. 41

Denkmäler, Bauarbeiten (Sokkel, Stufen, Quader usw.), Randsteine, Leistensteine, Säurebotische und Bodenbelag

aus säurebeständigem Material

Pflastersteine (Groß- u. Kleinpflaster), Grenzsteine, Mauersteine liefern wir nur aus eigenen Brüchen

Schleiferei • Bildhauerei
Werkplätze • 250 Arbeiter
3.952

beim Schlingensegen ertappt. Schon seit längerer Zeit sind diese wildreichen Rheinflagen geradezu mit Schlingen bespitzt.

Badisches Landestheater. Das als vierte Vorstellung der Abteilung I der Sonderniemer „Zeittheater“ am Donnerstag, den 13. Februar, zum erstenmal in Szene gehende Schauspiel „Karl und Anna“ von Leonhard Frank wird in den Hauptrollen von den Damen Liselotte Schreiner (Anna), und Kademacher und den Herren Stefan Dahlen (Karl), und Hiel dargestellt. Die Regie führt Ulrich von der Krenk. Das Badische Landestheater ist eingeladen worden, mit der „Dreigroschen-Oper“ im Stadttheater Freiburg zu gastieren. Auch Gastspiele in andern Städten sind in Aussicht.

Konzert Walter Trio. Das aus Edward Henneberger (Klavier), Gertrud Flügel (Violine) und Felix Abel (Violoncello) zusammengesetzte „Walter Trio“ hat sich trotz der relativ kurzen Zeit seines Bestehens einen rühmlichen Namen zu verschaffen gewußt. Die Kritik rühmt allerorten das glänzende Zusammenwirken. Das Programm des am Dienstag, 18. Februar, im Eintrachtsaal stattfindenden Konzerts ist ebenso interessant wie vielseitig (Mendelssohn D-Moll, Mozart E-Dur und Brahms C-Dur-Trio), so daß den Freunden intimer Musikiers ein ungezügelter Genuß in Aussicht gestellt werden kann. Kartenverkauf in der Musikalienhandlung Fritz Müller (Kaiserstraße, Ecke Waldstraße) und an der Abendkasse.

Die Wahrheit über Kutschan. Vortrag Dr. Rindermann. In dem am Freitag, den 14. Februar, im Städtischen Konzerthaus stattfindenden Vortrag Dr. Rindermanns über seine Ergebnisse in der Mostauer Schkela findet großes Interesse. Der Vortragende hat das Experiment des Bolschewismus aus unmittelbarer Nähe gesehen und sich seit seiner Rückkehr ausschließlich mit russischen Studien befaßt. Die flüssige leichte Darstellungsweise, die spannende Erzählung der Ereignisse, gestützt auf Dokumente, wie das im Original mit aus Sowjetrußland herausgebrachte Kobesurteil, ebenso Briefe Erschossener, die auf Weinwand geschrieben und vom Redner herausgeschmuggelt wurden, berechtigen zu der Erwartung, daß der Vortrag einen vollen Saal aufweist. Wir wünschen der Veranstaltung den besten Erfolg.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landesweierwarte, Karlsruhe. Die maritime Luft ist nun auch bis in unser Gebiet eingedrungen und hat von Norden her in tiefen Lagen Bewölkungszunahme gebracht, wobei es nachts nur noch zu leichtem Frost von wenigen Graden unter Null kam. Die Wolkenbedeckung liegt in etwa 400 Meter Höhe, so daß das Gebirge noch wolkenloses Wetter bei durchschnittlich -10 Grad behalten hat. Die Ostwinde haben jedoch abgeflaut. Auch in den südlichen Teilen der Rheinebene war es heute früh noch wolkenlos mit Frost von 5-8 Grad. Da der Kern des europäischen Hochdruckgebietes unverändert über England geblieben ist, können weitere maritime Aufmassen von Norden her nach Deutschland gelangen. Wir müssen daher auch fernherhin mit Bewölkung rechnen, insbesondere wird auch im Gebirge Bewölkungszunahme zu erwarten sein. Mit Niederschlägen ist bei dem gegenwärtig hohen Luftdruck vorerst nicht zu rechnen. **Wetterausichten:** Volkig aber trocken bei leichten nordöstlichen Winden. Lokale Morgennebel. Ebene: Temperaturen um 0 Grad. Gebirge: anhaltend leichter Frost.

Kurze Nachrichten aus Baden

Das Befinden Dr. Schofers

W.D. Freiburg i. Br., 12. Febr. In den Mitteilungen über den Gesundheitszustand des Reichstagsabgeordneten Dr. Schofers erfährt W.D. zuverläßlich, daß das Befinden des seit längerer Zeit Herzleidenden eine fortschreitende Besserung zeigt. Die über den letzten Anfall des Patienten gebrachten Ausführungen sind übertrieben.

Hd. Durlach, 11. Febr. Das Vorstandsmitglied der Badischen Maschinenfabrik Durlach, Senator August Schaber, kann am 12. Februar d. J. auf eine 50jährige ununterbrochene Tätigkeit in diesem Werk zurückblicken.

Hd. Bellingen, 11. Febr. Die Bellingener Fastnacht wird dieses Jahr im einfachsten Rahmen abgehalten. Nach einem Beschluß der Karrenzunft sollen sämtliche Umzüge ohne große Kosten bewerkstelligt werden. Es finden statt am schneebigen Donnerstag ein Kinderumzug, am Fastnachtmontag, vormittags, der Umzug der Karrenzunft und der übliche Karrenumzug. Bestenfalls wird am Fastnachtdienstag wiederholt, wobei die schönsten Kindergruppen und einige andere, ohne besondere Kosten herstellbare Gruppen, mitwirken werden. Bei den Umzügen wird auch zum erstenmal der von Stadtkapellmeister Tempel komponierte neue Karrenmarsch erklingen.

Hd. Sasnau i. B., 11. Febr. Am 8. und 9. Februar haben die badischen Polizeitruppen auf dem Wiesener Gd ihre Stimmwahlen abgehalten. Kriminalsekretär Mai von Strach wurde als Akteuer der 41 Käufer, die an dem Rennen teilnahmen, bei dem 12-Kilometer-Lauf erster, und zwar in der Zeit 1.19 Stunden.

Hd. Straßburg, 12. Febr. Nach Vollendung des neuen Bahnkörpers der Eisenbahnlinie Straßburg-Neßl im Bereich des Straßburger Rheinhafens werden die Bauarbeiten am neuen Hafenanbau, dem sogenannten **Bauban-Beden**, rasch gefördert. Jetzt werden die Arbeiten für die große Schleuse, die den Kanal an seinem oberen Ende abschließen soll, zur Vergebung ausgeschrieben. Die Gesamtkosten dieser Arbeit sollen sich auf 15 600 000 Franken belaufen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	12. Februar		11. Februar	
	Geld	Debit	Geld	Debit
Amsterdam 100 G.	167.77	168.11	167.85	168.19
Kopenhagen 100 Kr.	111.99	112.21	111.99	112.21
Italien . . . 100 L.	21.91	21.95	21.91	21.95
London . . . 1 Pf.	20.35	20.39	20.351	20.391
New York . . . 1 D.	4.1865	4.1945	4.1860	4.1930
Paris . . . 100 Fr.	16.385	16.425	16.38	16.42
Schwiz . . . 100 Fr.	80.75	80.81	80.765	80.825
Wien 100 Schilling	58.935	59.055	58.92	59.04
Prag . . . 100 Kr.	12.388	12.408	12.385	12.405

Der Privatdiskont wurde für beide Sichten um je ein Achtel auf 5 1/2 ermäßigt.

Vergleichsverfahren. In dem für den 18. Februar anberaumten Vergleichsverfahren für die **Handels- und Gewerbebank Karlsruhe** wird nach der „Frankf. Ztg.“ ein Vergleichsvorschlag erwartet, der auf stille Liquidation lautet, bei der Eisenhandlung **Wittlinger & Wormser, Karlsruhe**, ist eine Quote von 60 bis 65 Proz. vereinbart, bei der Metallgroßhandlung **Rosenfeld & Co., Karlsruhe**, wird eine solche von 40 bis 45 Proz. erwartet, bei der Holzfirma **Kas & Klumpp, Gernsbach**, die eventuell in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden soll, ein Liquidationsvergleich, zu dem die Gläubiger noch Stellung nehmen müssen.

Gläubigerversammlung der Schmidt-Bank, Baden-Baden. Im Bürgerauschussaal in Baden-Baden fand am Dienstag den ganzen Tag über unter großem Andrang die Gläubigerversammlung der Schmidt-Bank, Baden-Baden, statt. Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, dem gerichtlichen Liquidationsvergleich zuzustimmen. Nach dem Stande vom 30. Januar beziffern sich die Aktien der Schmidt-Bank auf 576 000 M., die Passiven auf 2 489 000 M. worunter sich allein 1 585 000 M. Verbindlichkeiten befinden. Man rechnet mit einer Quote von 10 Prozent.

Neue Insolvenz im Weinhandel. Eine der größten und bedeutendsten Weinhandlungen Württembergs, die Firma **S. Weis in Rottweil a. N.**, teilt in einem Rundschreiben an ihre Gläubiger mit, daß sie sich gezwungen sieht, ihre Zahlungen einzustellen. Nach dieser neuen Insolvenz wird u. a. der pfälzische Weinhandel sehr stark betroffen. In unterirdischen Kreisen spricht man von pfälzischen Engagements bis zu zwei Millionen Reichsmark.

Volle Arbeit bei NSU. Wie man hört, wollen NSU-Jahreszeugwerke in Nedarsum am Mitte des Monats die volle Arbeit wieder aufnehmen. Es wird damit auch eine Wiederherstellung von Arbeitskräften verknüpft sein.

Krupp wieder dividendenlos. Die Abschlußarbeiten bei der Fried. Krupp AG. sind beendet. Die Ertragsziffern werden sich von den vorjährigen nur wenig unterscheiden und ohne Berücksichtigung des Vortrages 6 Millionen Reichsmark Reingewinn ergeben. Es verläutet, daß wie im Vorjahre davon abgesehen wird, eine Dividende auszuschießen. Der Reingewinn soll zur inneren Stärkung des Unternehmens dienen.

Bank für deutsche Beamte. Die erste Gläubigerversammlung der Bank für deutsche Beamte, die am Dienstag in Berlin abgehalten wurde, gestaltete sich sehr fürmlich. Die Verhandlungen wurden auf den 17. Februar vertagt.

Eine Schweizer Anleihe. Der Bundesrat hat am Dienstag beschlossen, zur teilweisen Konvertierung bzw. Rückzahlung der am 1. September 1930 fälligen 5 1/2prozentigen eidgenössischen Anleihe 1922 von 300 Millionen Schweizer Franken eine 4 1/2prozentige Anleihe im Nominalbetrag von 250 Millionen Schweizer Franken aufzunehmen, indem er 50 Millionen aus eigenen Mitteln des Bundes zurückzahlen wird. Der Bund hat sich für seine Spezialfonds 25 Millionen Reserveviert. Der Nettobetrag von 225 Millionen ist vom Kartell schweizerischer Banken und vom Verband Schweizer Kantonalbanken übernommen worden. Die Anleihe wird in der zweiten Hälfte des Februars zum Emissionspreis von 99 1/2 Proz. zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt werden.

1830 — 1930

LEIPZIGER LEBENSVERSICHERUNG

(konzernfrei)

Wir suchen im direkten Verkehr mit uns für **KARLSRUHE** und Vororte einen weiteren **Platzvertreter**

Leichtes und gewinnbringend. Arbeiten durch unsere niedrigen Prämien und sehr geringen Gesamteinzahlungen, neuzeitliche und vielseitige Einrichtungen, höchste Aufwertung und Durchschnittsversicherungssumme der großen deutschen Gesellschaften.

Geschäftsgewandte Herren, die schon mit gutem Erfolge in Leben und Unfall tätig waren, werden gebeten, ihre Bewerbung zu richten an die Direktion der **Leipziger Lebensversicherung** Leipzig, Markt 5/6. R.152

Öffentliche Sparkasse Sandhausen

(unter Gemeindebürgerschaft)

Bilanz auf 31. Dezember 1929

Aktiva:		Passiva:	
1. Kassenbestand a. 31.12.29	16 121,46	1. Spareinlagen	587 499,68
2. Guthaben bei Girozentralen und Postsparkassento	22 705,23	2. Aufwertungs-spareinlagen	112 317,41
3. Wechsel	7 996,29	3. Giroeinlagen	65 354,56
4. Wertpapiere	13 235,—	4. Anleihenkapitalien	
5. Darlehen a. Hypotheken	359 791,10	Eigene Girozentrale	40 000,— RM
6. Darlehen auf Schuldscheine	281 367,14	Kleinbauern-kredite	22 500,— RM
7. Darlehen a. f. Rechnung	181 810,34	Dollarum-schuldung	98 206,40 RM
8. Aufwertungs-forderungen	105 478,32	Reichsziwischen-kredite	50 000,— RM
9. Einnehmerückstände	50 798,39	5. Aufwertungs-verrechnungsfondo	21 171,51
10. Grundstücke	500,—	6. Rücklagen von früheren Jahren	28 947,67
11. Mobilien	1 620,—	7. Gewinn vom Jahre 1929	15 426,04
Summa	-1 041 423,27	Summa	1 041 423,27

Berechnung der Rücklagen:

Die gesetzlichen Rücklagen haben zu betragen:

8% der Einlagen (652 854,24 RM)	52 228,34 RM
Sie betragen auf 31. Dezember 1929	44 373,71 RM
Somit weniger	7 854,63 RM

Sandhausen, den 11. Februar 1930. D.154

Der Vorsitzende: Rattern, Bürgerm.
Der Geschäftsleiter: Kästner.
Der Kontrollleur: Herzog.

Möbel

Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer
Küchen
einzelne Möbelstücke

in bekannt großer Auswahl im Möbelhaus

Maier Weinheimer

Karlsruhe Zahlungsleichterung. Kronenstr. 32
Kein Laden, daher billigste Preise 940

Arbeitsvergebung.

Im Auftrage des Bauherrn sollen die Heizungs-, Lüftungs-, sanitären und die elektrischen Anlagen, sowie die Steinbauerarbeiten für das neue Kollegiengebäude der Universität Heidelberg in öffentlicher Submission vergeben werden. R.166

Die Unterlagen hierfür können bei dem Unterzeichneten in den Vormittagsstunden gegen Erstattung folgender Beträge erhoben werden:

Heizung und Lüftung	5,00 RM
sanitäre Installation	4,00 RM
elektrische Installation	2,50 RM
Steinbauerarbeiten	1,50 RM

Verfendung nach auswärts findet nicht statt. Die Angebote für die Heizungs- und Lüftungsanlagen sind bis zum 3. März, für die sanitären Anlagen bis zum 24. Februar, für die elektrischen Anlagen bis zum 27. Februar und für die Steinbauerarbeiten bis zum 20. Februar d. J., jeweils vormitags 9 Uhr, an den Unterzeichneten zu richten. Ankünfte werden erteilt in den Vormittagsstunden bis zum Samstag, den 22. Februar 1930. Zuschlagsfrist 4 Wochen. Karlsruhe, 12. Februar 1930. Amalienstr. 69.

Die Bauleitung:
E. V. Gutmann.

Eintrachtsaal

168 **Dienstag, den 18. Februar,**
abends 8 1/2 Uhr, Konzert

BASLER TRIO

unter Mitwirkung von Gertrud Flügel (Violine), Fritz Abel (Cello) Ed. Henneberger (Klavier)

Programm: Mendelssohn D-Moll, Mozart E-Dur, Brahms C-Dur-Trio. Karten zu 4, 3, 2 u. 1,50 in der Musikalienhandlung Kaiser-, Ecke Waldstr.

Fritz Müller

Städtisches Forstamt Baden-Baden I.

Laubholz-versteigerung.

Aus den Waldungen der Stadt Baden-Baden werden am Montag, den 24. Februar 1930, um 15 Uhr, im Gasthaus zum Cäcilienberg, Baden-Baden, Stadtteil Dichtental, versteigert:

162 Eichen I.-IV. Kl., 27 Buchen I.-IV. Kl., 9 Ahorn I.-V. Kl. und 4 Eichen I.-IV. Kl. Stammweise Auszüge durch die Kanzlei der Städtischen Forstämter Baden-Baden. Bei Beträgen über 100 M. zinsfreie Zahlungsfrist von 3 Monaten. R.165

Grundstückszwangs-versteigerung

Im Zwangswege versteigert das Notariat am **Wittwoch, den 2. April 1930, nachmittags 3 Uhr,** im Rathaus zu Eggenstein das Hausgrundstück Gb. Nr. 583/3 des Zimmermanns Karl Wargander und dessen Ehefrau Elise geb. Heger, beide in Eggenstein, D.151

Die Versteigerung wurde am 17. Januar 1930 im Grundbuch vermerkt. Die Nachweisungen über das Grundstück samt Schätzung kann jedermann einsehen. Rechte, die am 17. Januar 1930 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung vor der Aufforderung zum Bieten anzumelden und bei Widerspruch des Gläubigers glaubhaft zu machen; sonst werden sie im geringsten Gebot und bei der Preisverteilung erst nach dem Anspruch des Gläubigers u. nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zuschlag aufheben oder einstweilen einstellen lassen; sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstands.

Grundstücksbeschreibung: Gb. Nr. 583/3: 5 a 33 qm Hofreite und Hausgarten. Auf der Hofreite steht: a) ein einstöckiges Wohnhaus mit Eisenblechfenster und Kniestock, b) eine einstöckige Scheuer mit Stall und Kniestock u. Eisenblechfenster. Schätzungspreis: 12 000 Reichsmark.

Karlsruhe, 8. 2. 1930.
Bd. Notariat V
— Vollstreckungsgericht —

Badisches Landestheater

Donnerstag, 13. Febr. 1930

Sonderniemer „Zeittheater“

4. Vorstellung d. Abteilung I

Karl und Anna

Schauspiel von Frank Regie: von der Krenk

Mitwirkende: Kademacher, Schreiner, Seiling, Dahlen, Geaf, Hiel, Höder, Just, Kuhne, Schulze.

Anfang 20 Ende nach 22
Kein Kartenverkauf!

Freitag, 14. Februar:
Die Flebermaus.

COLOSSEUM

Täglich 8 Uhr
Sonntags 3 1/2, und 8 Uhr

Das Mädel vom Broadway

PORPHYRWERK DOSENHEIM

Karlsruhe, 8. 2. 1930.

HANS VATTER

DOSENHEIM A.D. RHODANO

LIEFERT AUS SCHLOSS-HECKENMARKBRUCH ERSTKLASSIGES

STRASSENBAU-MATERIAL

Wir vergeben die Lieferung von Balzghotter aus Hartgestein und Kalkstein für die Kreisstraßen und -wege unseres Bezirkes. Angebotsborbrude sind beim Bauamt zu erhalten. Eröffnungstermin: 19. 2.